Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 20 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 107 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, 8 Mai 1926

Betrieb.

Gewaltig rumorte es dieser Tage in den Wandelhallen des Reichstages, viel Betrieb gab es, und Reichskanzler Dr. Luther, der Vielgewandte, muß sich diesmal sozusagen von seinen eigenen Leuten schlimme Dinge vorhalten lassen. Er wird sich wehren, man kennt das schon an ihm. Und die Minister Külz und Marx, die ihm bisher treu zur Seite standen, werden sich nicht abseits in die Büsche schlagen, soviel auch ihr Verhalten von eigenen Parteigenossen gescholten wird. Aber soll, wird, darf, kann man es um der Flaggenfrage willen zu einer Generalabrechnung mit einer Regierung kommen lassen, mit der man bis dahin ja ganz leidlich zusammengearbeitet hat und die doch, nehmt alles nur in allem, gerade im Augenblick mancherlei wichtige Geschäfte abzuwickeln hat, die nicht gut von heute auf morgen in andere Hände gelegt werden können? Und wenn ja, in welche? Erwägungen solcher Art lassen sich nicht zurückdrängen, auch wenn schon hier und da von einem Kampf auf der ganzen Linie, von hingeworfenem Fehdehandschuh, von unerträglichen Herausforderungen die Rede ist. Daß die Regierung in diesem Falle sonderlich geschickt operiert hat, können freilich auch ihre allerbesten Freunde nicht behaupten. Aber ob man ihr im Ernst Anschläge gegen Reichsverfassung und Republik nachsagen kann?

*

Da hat die britische Regierung es doch noch mit ganz anderen Widerwärtigkeiten zu tun. Was sich in England jetzt abspielt, ist in der Tat, wie der Premierminister Baldwin es genannt hat, nicht mehr und nicht weniger als Bürgerkrieg. Ein Bürgerkrieg mit anderen Mitteln natürlich als er sonst im allgemeinen geführt wird. In seinen Wirkungen aber um deswillen durchaus nicht ungefährlicher, und in seinen Zielen so störend wie nur irgendeine Revolution im hergebrachten Sinne. Freilich bewährt sich auch wieder der gesunde Sinn des englischen Volkes, das bei Gefahr im Verzuge sich um seine geordnete Führung zusammenschließt und Karree bildet, d. h. Front einmütig gegen die Gefahr kehrt. Die Liberalen finden, da sie doch nun einmal kritisieren müssen, daß die konservative Regierung den Kriegsausbruch durch Fortsetzung der Verhandlungen hätte verhüten sollen, aber da er nun einmal Tatsache geworden ist, marschieren sie mit den innerpolitischen Gegnern. Die Gewerkschaften in ihrer achtunggebietenden Zentralorganisation sind gewiß auch nicht gerade leichtfertig in die Kampagne hineingesprungen, die ihr, da es nun hart auf hart geht, gefährlich genug werden kann. Aber fast scheint es so, daß auch auf dem Gebiete der sozialen Kämpfe Naturgewalten am Werke sind, die zuweilen aller Friedensbemühungen spotten, wie wir es in der großen Politik vor zwölf Jahren schaudernd erlebt haben.

*

Inzwischen aber treten sich die ausländischen Besucher in Deutschland förmlich gegenseitig auf die Füße. Fast gleichzeitig beherbergte die Reichshauptstadt 300 amerikanische Gastwirte, 100 englische Eisenbahner, 13 dänische Journalisten in ihren Mauern. Und in den Reden herüber und hinüber spielte das einstmals schon etwas anrüchig gewordene Wort von den „Beziehungen" zwischen den Völkern wieder eine große Rolle. Auch dieser Betrieb ist also wieder bestens in Gang gekommen — ein Grund zur Freude für uns oder gar zur Genugtuung? Man könnte darüber sehr verschiedener Meinung sein.

Dr. Sy.

Tagung des Landwirtschaftsrats.

Die Lage der deutschen Landwirtschaft.

Die diesjährige Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates findet in Darmstadt statt. Die Tagung ist aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besucht. Mit dem Reichsernährungsminister Dr. Haslinde hatten sich zahlreiche Vertreter der Reichs- und Landesbehörden, des preußischen Landwirtschaftsministeriums, der großen Spitzenverbände der Landwirtschaft und der Industrie eingefunden. Der Präsident des Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit, der gesamten deutschen Öffentlichkeit, der Reichsregierung und den Vertretern der anderen Berufsstände noch einmal ein klares Bild über die Lage der deutschen Wirtschaft zu geben. Reichsernährungsminister Dr. Haslinde, der nach einigen weiteren Begrüßungsreden das Wort zu einer großangelegten Rede ergriff, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die diesjährige Tagung eine klare Zielweisung ergeben möge, wie unsere Landwirtschaft aus der augenblicklichen Krise

einer Gesundung zugeführt

werden könne. Es müsse an die Tatsache erinnert werden, daß das Fundament der Gesamtwirtschaft eines Volkes die eigene Urproduktion sei. Gerade in der heutigen Zeit sei es doppelt und dreifach die Aufgabe des Staates, die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer

leistungsfähigen Landwirtschaft

wieder wachzurufen. Es müsse in Deutschland zu einem Allgemeingut staatsbürgerlichen Denkens werden, daß die Landwirtschaft der erstgeborene Wirtschaftszweig, das Fundament der Gesamtwirtschaft sei. Die Rede fand einen starken Beifall der Versammlung. Hierauf behandelte Prof. Dr. Friedrich Lenz-Gießen die Schutzzollfrage im Lichte der Wissenschaft. Es folgten dann Referate über einzelne Gebiete der Landwirtschaft. Hierbei forderte Landrat a. D. von Helldorf-Baumenhain angemessene Rüben- und Gerstenpreise, während sich Kammerpräsident Meyer-Hermsdorf gegen die Einfuhr ausländischer Kartoffeln zum Schaden des deutschen Kartoffelbaues wandte.

*

Dr. Luther in Darmstadt.

Aufbau der Landwirtschaft.

Bei der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Darmstadt hielt Reichskanzler Dr. Luther eine Ansprache, in der er unter anderem sagte: „Das deutsche Volk müsse von Festigkeit durchdrungen sein. Es müsse sich der Kräfte zur Genesung bewußt sein, die in der Landwirtschaft vorhanden wären, der großen Aufbaukräfte, die es in der deutschen Landwirtschaft gäbe. Würde eine solche sachliche Einstellung nicht möglich sein, dann würde ja all unser Streben vergebens sein. Das Gesamtbild, das die Landwirtschaft heute zeige, sei ohne Zweifel überaus trübe. Einer der größten Eingriffe in die Weltgeschichte war die große deutsche Zwangswirtschaft während der Kriegszeit. Zu dieser Abhängigkeit von Natur und großen politischen Ereignissen sei im Laufe der Zeit für die Landwirtschaft die Abhängigkeit von dem gesamten Wirtschaftszustand der Welt hinzugekommen.

Der Kanzler ging dann weiter auf die Lage der Landwirtschaft im einzelnen ein, verbreitete sich über die Möglichkeiten zum Wiederaufbau und bezeichnete als die notwendigen privatwirtschaftlichen Grundlagen 1. das Bestehen solcher Preise, wenigstens im Durchschnitt des landwirtschaftlichen Betriebes, daß der Betrieb sich lohnt, und 2. das Zurverfügunghalten von Krediten, nicht um leichtfertig Schulden machen zu können, sondern um die zur intensiven Bewirtschaftung notwendigen Betriebsmittel zu besitzen. Nach diesen beiden Richtungen hat die Regierung alles getan, was möglich war.

Dr. Luther schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß bei gleichmäßigem Zusammenziehen der schaffenden Wirtschaftskräfte und der Regierungsarbeit wir den Weg nach oben bald wieder finden werden. Die Reichsregierung wird auf allen Gebieten alles tun, was in ihrer Kraft liegt, um der Landwirtschaft zu helfen. So wollen wir mitwirken, damit es vorwärtsgeht. Ob in Ost oder West, ob am Rhein oder der Weichsel, ob in der Nordmark oder im Süden des Vaterlandes, an der Mauer der Alpen, ob in Land oder Stadt. Uns alle verbindet das eine, das größer ist als unsere besonderen Sorgen: die Liebe zum Vaterlande.

Die Regierungskrise.

Unsichere Lage der Reichsregierung.

Reichskanzlererklärungen am Dienstag.

Der Konflikt, der sich im Reichstag wegen der neuen Flaggenverordnung der Reichsregierung ergeben hat, die bekanntlich in den Kreisen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten Verstimmung ausgelöst hat, wird erst am Dienstag im Reichstag zum Austrag gelangen, da Reichskanzler Dr Luther die Reichshauptstadt verlassen hat, um an der Tagung des Landwirtschaftsrates in Darmstadt teilzunehmen. Nach einem Beschluß des Ältestenrats wird in der Dienstagsitzung die sozialdemokratische Interpellation wegen der Flaggenverordnung zur Debatte stehen, so daß an diesem Tage wieder mit einem außerordentlich regen Verlauf der Sitzung zu rechnen ist. Diese sozialdemokratische Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft über die Beweggründe zu geben, die den Reichskanzler zur Gegenzeichnung des Flaggenerlasses veranlaßt haben?

Hält die Reichsregierung den Erlaß mit dem Sinn der Reichsverfassung für vereinbar?

Fürchtet sie nicht, daß der Erlaß statt zur Versöhnung beizutragen die Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes vertiefen wird?

Ist ihr endlich bewußt, daß das Hissen der Flagge des Kaiserreiches die fremden Regierungen zu Schlußfolgerungen veranlassen kann, die der auswärtigen Politik des Reiches abträglich sein würden?

Im Anschluß an die Beratung dieser Interpellation werden die Sozialdemokraten einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler stellen, der die vom Reichspräsidenten in Kraft gesetzte Flaggenverordnung gegengezeichnet hat. Wie mitgeteilt wird, haben sämtliche Reichsminister dem Reichskanzler bei Bekanntwerden des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages einmütig zum Ausdruck gebracht, daß sie sich mit ihm solidarisch erklären. Sie wollen mit dieser Erklärung betonen, daß sie bei einem eventuellen Abtreten Dr. Luthers auch ihre Ministersessel verlassen würden. Im übrigen steht noch nicht fest, ob Dr. Luther über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag fallen wird. Zwar beabsichtigen die Demokraten, dem Vernehmen nach, dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zuzustimmen, doch soll ein endgültiger Beschluß erst am Montag durch den nach Berlin berufenen Parteivorstand gefaßt werden. Ebenso wird das Zentrum vor einer endgültigen Entscheidung die Beschlüsse seines Parteivorstandes, der ebenfalls am Montag zusammentritt, abwarten. Nur wenn die beiden Parteien im Verein mit Sozialdemokraten und Kommunisten dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler zustimmen, würde Dr. Luthers Stellung erschüttert sein.

*

Der Flaggenstreit im Ausland.

Eine Unterredung mit Dr. Stresemann.

Noch bevor Reichskanzler Dr. Luther im Reichstage die Gründe der Reichsregierung für die Flaggenverordnung ausführlich dargelegt hat, hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann einem Pressevertreter gegenüber Gelegenheit genommen, die Motive, die ihn als Außenminister zu der Zustimmung für diesen Erlaß bewogen haben, klarzulegen. Dr. Stresemann betonte, daß die Flaggenfrage, die in Deutschland so bedauernswerte Kämpfe herbeigeführt hat, sich bei den ausländischen Vertretern des Reichs seit Jahren zu schweren Konflikten zwischen den Vertretern des Deutschen Reichs und den Angehörigen der deutschen Kolonien ausgewachsen hat, die das Ansehen des Reiches empfindlich schädigten. Der Streit zwischen den deutschen Kolonien, die noch bis heute zu neun Zehnteln völlig schwarz-weiß-rot eingestellt sind, und den deutschen Vertretern hat zu den unliebsamsten Vorkommnissen geführt. Die Erwägungen wegen der Beilegung eines Flaggenstreites im Auslande bewegten sich auf der Basis, daß von beiden Seiten nachgegeben werden mußte, und daß die in der Verfassung des Deutschen Reiches vorgesehene Handelsflagge, die unsere Schiffe führen, neben der Reichsflagge von unseren Missionen geführt wurde; daß andererseits die Deutschen im Auslande diese verfassungsmäßige Flagge anerkannten, um so von dem Schauspiel loszukommen, daß der im Auslande schon oft unliebsam hervorgetretene Flaggenstreit bei offiziellen Gelegenheiten da zum Ausdruck kam, wo Geschlossenheit des Auftretens nach außen erste deutsche Pflicht ist.

Die neue Flaggenverordnung schließt, so sagte Dr. Stresemann weiter, lediglich eine Entwicklung ab, die von dem Tage datiert, an dem die Nationalversammlung in Weimar auf demokratischen Antrag hin das Zweiflaggensystem annahm — nämlich die Heimatflagge und die Auslandsflagge. Innerpolitische Momente, so betonte der Minister, sind überhaupt nicht für die Reichsregierung in Betracht gekommen, insbesondere ist in keiner Weise von einer Verbeugung vor Tendenzen die Rede gewesen, die mit der Verfassung nicht in Einklang stehen. Dr. Stresemann unterstrich zum Schluß, daß von einer Verletzung der Verfassung durch diese Verordnung überhaupt keine Rede sein könne.

Während die Flaggenverordnung in republikanischen Kreisen weiterhin stark bekämpft wird, werden von der anderen Seite Zustimmungskundgebungen laut. So haben u. a. die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft, der Bund der Auslandsdeutschen und die deutsche Kolonie in Mexiko zu dem Flaggenerlaß zustimmende Erklärungen bekanntgegeben.

Ausschreitungen in England.

Erlaubnis zur Truppenmobilisierung.

Die Streiklage in England ist nach einer Reutermeldung unverändert. Die Lebensmittelversorgung ist zufriedenstellend. Allerdings haben sich die Ausschreitungen der Streikenden gegenüber den Vortagen bedeutend vermehrt. Namentlich in Glasgow sind ernste Unruhen ausgebrochen, die sich namentlich gegen die Straßenbahn richteten. Die Polizei nahm bei diesen Ausschreitungen 66 Personen fest. Das Englische Unterhaus hat mit großer Mehrheit der Regierung die Erlaubnis erteilt, die bewaffnete Macht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstzweige zu verwenden.

Bei den Streikenden in England sind weitere Sympathiekundgebungen eingelaufen. So hat der deutsche Gewerkschaftsbund, der auf christlich-nationalem Boden steht, den englischen Bergarbeitern in ihrem Kampf für die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit und Löhne seine Sympathie kundgegeben. Von der japanischen Ar-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF